

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

4.12.1928 (No. 284)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: **Spezialredakteur E. H. H. H. Karlsruhe**

Expedition: **Karl-Friedrich-Str. 14**
Telefon: **Nr. 253 und 254**
Postfachkonto **Karlsruhe Nr. 2515**

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM, einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweise Beitreibung, aus Kontoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Exzesse, Auspörrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Mitarbeiter, hat der Inserent seine Anzeigen, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Das englisch-französische Einvernehmen

Chamberlain gegen den deutschen Anspruch auf Räumung
Die Reise des englischen Vorkämpfers in Paris, Sir William Tyrrell, nach London hat offenbar nicht nur in der Formel für die Ernennung der Sachverständigen, sondern auch in der Rheinlandfrage weitgehendes englisches Entgegenkommen an Frankreich zur Folge gehabt. Chamberlain erklärte am Montag im Unterhaus auf eine Anfrage, daß das Problem der Rheinlandräumung nach zwei Gesichtspunkten beurteilt werden müsse. In der völkerrechtlichen Frage, ob Deutschland alle Vorbedingungen des § 431 des Friedensvertrages erfüllt habe und infolgedessen ein Anrecht auf die Rheinlandräumung habe, sei die englische Regierung der Auffassung, daß dieser Paragraph erst erfüllt sei, wenn Deutschland seiner Reparationspflicht in vollem Umfang entsprochen habe und von jeder weiteren Verpflichtung entlastet sei. Nur wenn diese Bedingung erfüllt sei, habe Deutschland ein Anrecht auf Räumung des Rheinlandes vor dem im Friedensvertrag festgelegten Fristen. Selbstverständlich müsse die Rheinlandräumung auch nach den ebenso wichtigen politischen Gesichtspunkten beurteilt werden. Vom politischen Standpunkt aus würde die englische Regierung eine baldige Räumung des Rheinlandes durch die französischen, englischen und belgischen Truppen begrüßen, und zwar unabhängig von dem soeben festgestellten vertraglichen Rechte der alliierten Regierungen, die Befehle bis zum Ablauf der im Friedensvertrag vorgesehenen Termine aufrechtzuerhalten.

Die deutsche Auffassung
M. Berlin, 4. Dez. (Priv.-Tel.) Die gestrigen Ausführungen des englischen Außenministers haben in Berliner politischen Kreisen geradezu peinlichen Eindruck gemacht, zumal sie in Widerspruch zu der bisherigen Haltung und zu den Erklärungen stehen, die Churchill am 8. November an der gleichen Stelle abgegeben hat. Man weist vor allem darauf hin, daß diese Interpretation des Friedensvertrages, die bisher von Frankreich immer verlangt wurde, nach dem klaren Wortlaut der Bestimmungen des Artikels 431 des Versailler Vertrages vollkommen unhaltbar ist. Es ist darin ausdrücklich gesagt, daß die Räumung vorzeitig erfolgen muß, wenn Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt, nicht aber, wenn es erfüllt hat. Dieser Unterschied ist natürlich ganz gewaltig und mit Absicht gemacht, was ja auch aus den Erklärungen Lloyd Georges über die Räumung in Versailles hervorgeht.

Englische Kritik
W.D. London, 4. Dez. (Tel.) „Daily Express“ schreibt in einem Leitartikel: Sir Austen Chamberlain hat gestern die Rheinlandräumung vom rechtlichen und vom politischen Standpunkt behandelt. Wenn man bedenkt, daß Deutschlands Reparationsverpflichtungen, von denen Chamberlain sprach, niemals voll formuliert worden sind, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß es sie nie erfüllt hat. Nach dieser Methode ist keine Aussicht darauf, daß sich die Lage in den nächsten 50 Jahren ändert. Wir werden dieses Problem niemals lösen, solange wir es im Geiste von Advokaten behandeln. Chamberlain hat auf viel festere Grundlagen gestanden, als er wiederholte, daß die britische Regierung eine baldige Räumung ohne Rücksicht auf formale Rechte begrüßen würde, aber der einzige Weg zur Räumung besteht darin, daß man die Truppen zurückzieht.

Werkshopen zugunsten Frankreichs

In Ludwigshafen begann heute, Dienstag, vor dem erweiterten Werktagengericht der auf zwei bis drei Tage berechnete Prozeß wegen Werkshopen zugunsten Frankreichs bei der F.-G.-Fabrik in Ludwigshafen. Angeklagt sind der Laboratoriumsarbeiter Fritz Hellmann in Ludwigshafen a. N., der Monteur Franz Josef Schwarzwälder aus Mannheim, der Laboratoriumsarbeiter Richard Müller aus Ludwigshafen a. N. und der Laboratoriumsarbeiter Michael Magin aus Schifferstadt wegen unlauteren Wettbewerbs. Hellmann und Schwarzwälder haben in Ludwigshafen als Arbeiter der F.-G.-Fabrikindustrie, Werk Oppau, geheimehaltende Versuche samt den dazugehörigen Apparaturen, die ihnen vermöge ihres Arbeitsverhältnisses in der Fabrik oder durch Ausforschung von Mitangehörigen bekannt geworden waren, in Ludwigshafen einem gewissen Korbes, dem Vertramensmann einer französischen Industrieorganisation, sowie dem diesen unterstützenden Inspektor der Sûreté, Mainz Stoesel, verraten. Die anderen Angeklagten waren dazu beihilflich. Schwarzwälder und Müller haben, als Stoesel und der Chef der Sûreté in Ludwigshafen, namens Joulin, sie wiederholt aufgefordert, ihnen Nachrichten über die militärische Bedeutung von Rechtsorganisations, der Antilipolizei, der Schupo sowie ihrer Ausrüstung und Ausbildung zu geben und ihnen Namen von Reichswehrangehörigen zu nennen und ihre Verbindung mit diesen weiter aufrechtzuerhalten. Hellmann wird sich demnächst vor dem Reichsgericht in Leipzig wegen verächtlichen Verrats militärischer Geheimnisse zu verantworten haben.

Reichspräsident von Hindenburg empfing heute, Dienstag, den deutschen Vorkämpfer in der Türkei, Adolfin.

Freitag Abreise nach Lugano. Am Freitag wird sich die deutsche Delegation zu der Ratstagung des Völkerbundes nach Lugano begeben. Dr. Stresemann wird auch diesmal von Staatssekretär Dr. von Schubert und von dem Ministerialdirektor Dr. Gaus begleitet sein.

Letzte Nachrichten

Schlechte Aussichten für Lugano

Eine Einheitsfront gegen Deutschland — Chamberlain kommt nicht?

M. Berlin, 4. Dez. (Priv.-Tel.) In London gilt es jetzt als sicher, daß Chamberlain, wenn der Gesundheitszustand des englischen Königs sich nicht bessert oder gar ein Ableben eintritt, die Reise nach Lugano zur Tagung des Völkerbundes aufgeben wird. Vor allem wird ausdrücklich betont, daß er gar keinen großen Wert auf diese Reise lege und sich keinerlei Förderung der Verhandlungen über den Sachverständigenausschuß davon verspreche.

In Paris verstärkt sich der Eindruck — der dort optimistisch ausgebeutet wird —, daß es Frankreich gelinge, eine Vorkonferenz der Gläubigerstaaten zustandzubringen, und daß dabei eine Einheitsfront erzielt wird. Man glaubt in Paris namentlich, daß England in dieser Richtung weiteres Entgegenkommen zeigen wird, nachdem der englische Vorkämpfer Tyrrell in Paris vor einigen Tagen nach London fuhr und dort mit Churchill gesprochen hat. Man will dann ein vollständiges Programm Deutschland zur Annahme oder Ablehnung vorlegen und verspricht sich aus einem solchen Vorgehen auch einen Druck auf die amerikanischen Sachverständigen.

W.D. Paris, 4. Dez. (Tel.) Gavas berichtet, es sei jetzt sicher, daß die Reparationskommission in Paris tagen und daß jede der ihr vertretenen sieben Mächte, einschließlich der Vereinigten Staaten, je zwei Sachverständige ernennen werde.

Das Steuervereinfachungsgezet

W.D. Berlin, 4. Dez. (Tel.) Die Reichsregierung hat nunmehr dem Reichstag das Steuervereinfachungsgezet vorgelegt, und zwar, wie sie angekündigt, als Doppelvorlage, die die ändernden Beschlüsse des Reichstags dem Regierungsentwurf gegenüberstellt. Bekanntlich hat der Reichstag die Gebäudensteuer- bzw. Hauszinssteuer durch Streichung im Regierungsentwurf dem Vereinheitlichungsbereich entziehen wollen, um den Ländern weiterhin die Initiative auf diesem Gebiete zu überlassen.

Staatszuschüsse für Zeppelinbauten

Hb. Friedrichshafen, 4. Dez. (Tel.) Zur Zeit finden in Friedrichshafen Besprechungen zwischen dem Reich und dem württembergischen Regierung zwecks Festlegung von Maßnahmen für die Erbauung eines neuen Zeppelins statt. In dieses Werk kann jedoch erst herangezogen werden, wenn eine neue Halle gebaut sein wird. Nach einer Blättermeldung hat sowohl die württembergische Regierung, als auch das Reich dem Luftschiffbau je eine größere Summe zur Verfügung gestellt, damit die nötigen Vorkehrungen getroffen werden und die Arbeiten in Friedrichshafen nicht zum Stillstand kommen. Zunächst muß nun die Verlegung der Luftschiffhalle zur Erledigung kommen, deren Lösung wohl noch sehr lange Zeit in Anspruch nehmen wird.

Das Befinden des Königs von England

W.D. London, 4. Dez. (Tel.) „Daily Mail“ meldet: Da die Unterzeichnung von Staatsdokumenten durch den König infolge seiner Erkrankung nicht vollzogen werden kann, ist beschlossen worden, eine Kommission zu ernennen, die für ihn handeln soll. Dieser Kommission werde wahrscheinlich der Lordkanzler, der Erzbischof von Canterbury, der Herzog von York und der Premierminister oder der Vorsitzende des Geheimen Staatsrats, Lord Balfour, angehören. Das Blatt bemerkt dazu, daß zum letztenmal im März 1925, als der König eine Erholungsfahrt im Mittelmeer antrat, eine solche Kommission eingesetzt wurde. Hätte der König diesmal einer Sitzung des Geheimen Staatsrates beiwohnen können, so würde er selbst die Einsetzung der Kommission genehmigt haben. Es ist aber ausdrücklich bestimmt, daß eine solche Kommission auch durch ein besonderes Dokument, das mit dem großen Siegel, welches vom Lordkanzler aufbewahrt wird, versehen ist, gebildet werden kann.

Der russische Staatshaushalt

W.D. Moskau, 3. Dez. (Tel.) Dem Zentralkomitee wurde heute der Staatshaushalt der Sowjetunion vorgelegt, der auf 7700 Millionen Rubel, also um eine Milliarde mehr als im Vorjahre, veranschlagt ist. An Steuererträgen sind 8800 Millionen Rubel und an sonstigen Einnahmen 2976 Millionen Rubel vorgesehen. Die Ausgaben werden auf 7650 Millionen Rubel, d. h. um 1250 Millionen Rubel mehr als im Vorjahre veranschlagt. Dem staatlichen Reservefonds werden 50 Millionen Rubel überwiesen. Für die Industrie sind 980 Millionen Rubel, oder 48 Prozent mehr als im Vorjahre, und für die Landwirtschaft 468 Millionen, oder 88 Prozent mehr als im Vorjahre, bestimmt. Die Ausgaben für Landesverteidigung betragen 840 Millionen (im Vorjahre 742 Millionen). Die Zunahme der Ausgaben für das Militärwesen sei darauf zurückzuführen, daß die Lebensbedingungen der Heeresangehörigen und die Aufklärungsarbeit verbessert werden sollen. Die innere Staatschuld betrug am 1. Oktober 1928: 1300 Millionen Rubel.

Badische Schulstatistik

Die von dem bad. Unterrichtsministerium veranlaßten und in der letzten Zeit in zwangloser Folge im Amtsblatt veröffentlichten Erhebungen sind sowohl in pädagogischer wie in volkswirtschaftlicher Hinsicht sehr beachtenswert.

Die erste Veröffentlichung erschien in Nr. 18 des Amtsblattes vom 23. Juni 1927 über den Besuch der Gewerbeschulen und gewerblichen Fortbildungsschulen. Berufskundlich ist zunächst die Aufzählung der verschiedenartigsten Handwerksbetriebe interessant, die in 20 Fachgruppen zusammengefaßt sind. Allgemein kann festgestellt werden, daß der Besuch dieser Fachschulen in den letzten vier Jahren zugenommen hat. Die Gewerbeschule wurde im Schuljahre 1922/23 von 25 525 männlichen, 2367 weiblichen Schülern und von 4959 männlichen, 438 weiblichen Gästen besucht; im Schuljahre 1926/27 waren es 30 813 männliche, 2895 weibliche Schüler und 321 männliche, 19 weibliche Gäste. Bemerkenswert ist die Überführung der großen Zahl von Gästen in die Stellung ordentlicher Schüler.

In der gewerblichen Fortbildungsschule war der Besuch in den genannten Jahren: 4713 (6391) männliche, 155 (236) weibliche Schüler, 114 (269) männliche, 6 (21) weibliche Gäste. Die Zahl der Gewerbeschulen stieg in der angegebenen Zeitspanne von 63 auf 74, die der gewerblichen Fortbildungsschule verminderte sich von 150 auf 149. Dieser Rückgang ist daraus zu erklären, daß diese Schulen planmäßig in Gewerbeschulen umgewandelt werden, sobald die gestellten Voraussetzungen dafür erfüllt sind.

Eine statistische Sondernummer des Amtsblattes vom 28. November 1927 bringt den zahlenmäßigen Nachweis, daß die badischen Schulen nicht bloß betrachtet werden als Stätten des Unterrichts und der Erziehung, sondern auch als Orte einer planmäßigen Körperpflege durch schulärztliche Fürsorge und Schulzahnpflege. In dieser Beziehung wird in Baden sehr viel getan.

Wertvolle Zusammenstellungen bringt auch die dritte statistische Sondernummer. In erster Stelle stehen Mitteilungen über die Zahl der Schüler der dreijährigen und der einjährigen Pflichthandelschule nach Berufen. Die Zahl dieser Schulen vermehrte sich vom Jahre 1922/23 mit 44 auf 51 im Jahre 1927/28, die Gesamtzahl der Schüler von 12 112 (dazu 2424 Gäste) auf 12 629 (dazu 30 Gäste). Im einzelnen zählte im Schuljahre 1927/28 die dreijährige Handelschule 4652 männliche, 5476 weibliche Schüler, dazu 24 männliche, 5 weibliche Gäste, die einjährige Handelschule 141 männliche, 47 weibliche Schüler, die zweijährige höhere Handelschule 709 männliche, 1211 weibliche Schüler, 1 männlicher Gast, die einjährige höhere Handelschule 106 männliche, 202 weibliche Schüler, die Oberhandelschule 57 männliche, 28 weibliche Schüler. Auffallend ist die überwiegende Zahl von 9664 weiblichen gegenüber 5665 männlichen Besuchern der Handelslehranstalten.

In der Volksschule ging die Schülerzahl von 345 463 im Jahre 1911 auf 266 395 im Jahre 1927 zurück, die Zahl der Schulklassen stieg dagegen von 9518 auf 9906, ebenso die Zahl der Lehrstellen von 5819 auf 6526. Neben einem bedauerlichen Rückgang der Schulbevölkerung bedeutet diese Feststellung eine begrüßenswerte Bildung kleinerer Klassen, die einen nachhaltigen Fortschritt in der Unterrichts- und Erziehungsarbeit erwarten lassen. Bezeichnend für den Geist der Schulorganisation ist auch die Tatsache, daß die Zahl der Bürgererschulklassen in der angegebenen Zeit von 276 auf 88 zurückging, die der Förderklassen von 154 auf 102, während sich die Zahl von 47 Hilfsklassen auf 121 erhöhte. Besondere Abteilungen dieser Feststellungen geben Aufschluß über die Konfession von Lehrern und Schülern.

Einen wertvollen Einblick in die soziale Schichtung der Schüler sämtlicher badischen Schulen im Jahre 1927 gibt eine besondere Zusammenstellung in Nr. 13 des Amtsblattes vom Jahre 1928. In der vierten statistischen Sondernummer vom 15. September d. J. sind im besonderen die Schüler der badischen höheren Schulen nach sozialer Schichtung und Übertritt aus der Grundschule in den Jahren 1927 und 1928 behandelt. Dabei fällt auf, daß sich die Zahl der Schüler aus den oberen und mittleren Beamtenfamilien um etwa 2000 verringerte, während sie sich aus den unteren um ebensoviel vermehrte, umgekehrt vergrößerte sich die Schülerzahl aus den Familien selbständiger Landwirte und Bäcker (1276 gegen 1347), während die Schüler aus den Kreisen der land-

wirtschaftlichen Angestellten und Arbeitern verringerte (im Jahre 1928 44 gegen 60 im Jahre 1927).

Die Gesamtschülerzahl der staatlichen höheren Schulen setzte sich am Schluß des Schuljahres 1927/28 folgendermaßen zusammen:

A. Gymnasien 4 348 m., 385 w., zus. 4 733

B. Realgymnasialanstalten 4 528 m., 661 w., zus. 5 189

C. Realschul-

anstalten 11 011 m., 2 035 w., zus. 13 046

Summa: 19 887 m., 3 081 w., zus. 22 968 Schüler dazu 7367 Mädchen aus höheren Schulen für die weibliche Jugend.

Am Schluß des Schuljahres 1927/28 wurden 1491 Primaner mit dem Zeugnis der Reife für das Hochschulstudium entlassen und zwar vom Gymnasium 475, vom Realgymnasium 384, von Oberrealschulen 632. Wertvollen Aufschluß gaben die Tabellen über die Berufswahl. 262 Abiturienten wollten Lehrer oder Beamte werden. Besonders stark war der Zugang zum rechtswissenschaftlichen (130) und zum medizinischen (134) Studium, am geringsten die Anmeldung zur Eisenbahn (2) und zur Post (3). 88 wußten noch keine bestimmten Angaben über ihre Berufswahl zu machen.

Die Zahl der höheren Schulen betrug im Jahre 1911 für die männliche Jugend 66 weibliche " " 12 im Jahre 1928 " " männliche " 76 weibliche " " 15

Die Zahl der Lehrkräfte stieg in dieser Zeit von 1156 (894 planm., 262 außerplanm.) auf 1661 (1476 planm., 185 außerplanm.).

So zeigt die ganze Schulorganisation eine fortschreitende Entwicklung. Die angegebenen Zahlen und Feststellungen sind jedoch inhaltlose Bezeichnungen, wenn sie der Geist nicht lebendig macht und ihnen inneren Wert und lebensvolle Bedeutung gibt. Daß diese Seite nicht vergessen wurde, darüber könnten allerlei amtliche und selbständige Veranstaltungen der Lehrer zu ihrer beruflichen Weiterbildung Kenntnis geben. Dafür bürgt aber auch das wachsende Interesse, das die Öffentlichkeit immer mehr an allen Fragen der Erziehung und des Unterrichts erfüllt, und dadurch die Arbeit der Schule wesentlich fördert und unterstützt.

Dr. St.

Aus dem Reichstag

Minister Dietrich zur Notlage der Landwirtschaft

Im Reichstag begann am Montag die große Aussprache über die Not der Landwirtschaft. Nicht weniger als 137 Anträge und Interpellationen sind zu dieser Frage von den verschiedenen Parteien eingebracht worden.

Die Beantwortung der Interpellationen gab dem Reichsernährungsminister Dietrich Gelegenheit, ein Hilfsprogramm zu entwickeln, das den Beifall der Mehrheit fand. Der Minister stellte zunächst fest, daß das vom letzten Reichstag beschlossene Notprogramm erst zu einem kleinen Teile ausgeführt sei. Er bedauerte vor allem den langsamen Fortgang der Meliorationsarbeit wegen des langwierigen Instanzenganges, den er durch verschiedene Maßnahmen zu vereinfachen hoffe. Als sehr bedenklich bezeichnete er die wachsende Verschuldung der Landwirtschaft, die jetzt schon ohne Rentenbankgrundschuld auf 11,5 Milliarden geschätzt werde, wofür die Zinslasten mehr als eine Milliarde betragen. Das Kreditproblem wächst sich immer mehr zum Hauptstadium der Agrarfrage aus. Nur eine vernünftige Lösung der Reparationsfrage könne einen kräftigen Anstoß zur Kapitalbildung geben und die Landwirtschaft entlasten. Der Minister bespricht dann die vorliegenden Anträge. Eine Follerhöhung würde das Getreideproblem nicht lösen. Vielmehr müsse man mit Beschleunigung eine Einrichtung schaffen, welche die Entwicklung der Getreidepreise und die Marktverhältnisse subidiert und ausgleicht. Soweit verlangt werde, die Bölle für lebendes Vieh zu erhöhen, sei die Regierung zu einer Prüfung bereit. Sie habe auch dem Reichsrat eine Vorlage überwiesen, monach der Zoll für Verbrauchszucker um 10 M erhöht werden soll unter energischer Wahrung der Konsumenteninteressen. Der Minister erklärte weiter, daß er positiv an dem Zustandekommen des deutsch-polnischen Handelsvertrages mitarbeiten wolle, wenn Polen sich zu den nötigen Zugeständnissen bereitfinde. Das einmalige Notprogramm solle durch ein laufendes Produktions- und Absatzförderungsprogramm ersetzt werden, das vor allem auf die Absatzverbesserung für Vieh und auch auf die Umgestaltung des Milch- und Molkeerwesens eingestellt sein werde. Ein Milchgesetz werde baldigt vorgelegt werden, und die Reichsregierung wolle 100 Millionen für die nächsten fünf Jahre zu diesem Zweck bereitstellen. Der Minister trat schließlich für die Reorganisation des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und für eine zweckmäßige Zusammenfassung der Winzergenossenschaften ein.

In die Debatte, die am Dienstag um 1 Uhr fortgesetzt werden soll, griff der Minister noch einmal ein, um in Zurückweisung kommunistischer Angriffe nachdrücklich zu betonen, daß die Regierung bestrebt sei, besonders der Not der kleinen Bauern und Landarbeiter zu steuern.

Der Altessenrat hat den Geschäftsplan für die nächste Zeit folgendermaßen festgelegt: Am heutigen Dienstag soll die Aussprache über die Not der Landwirtschaft zu Ende geführt werden, vom Mittwoch ab werden mit Rücksicht auf den Zentrumsparteitag in Köln Plenarsitzungen nicht abgehalten werden. Sie beginnen wieder am Dienstag, den 11. Dezember. Erledigt werden sollen dann die zweiten und dritten Lesungen des Gesetzes über die Arbeitslosenfürsorge für die Saisonarbeiter sowie die erste Lesung des Nachtragsetats für 1928 zusammen mit dem Personaletat für 1929. Die erste Lesung des Etats für 1929 kann vor Weihnachten nicht mehr stattfinden, da der Etat noch nicht an den Reichstag gelangt ist.

Die Verhandlungen über die Große Koalition im Reich, die am letzten Freitag entgegen dem ursprünglichen Plan nicht begonnen haben, müssen als bis auf mindestens Anfang Januar vertagt angesehen werden. Die Verhältnisse unter den Parteien sind eben noch vollkommen ungeklärt.

Die Vermittlungsverhandlungen im Werftarbeiterstreik sind wiederum aufgeschoben.

Ein neuer Bund „Bayerischer Heimat-Schutz“

Auf dem diesjährigen, in München abgehaltenen Heimattag des Bchwerbundes Neugau erklärte dessen Führer, Amstlicher Dr. Esfel, es für notwendig, im Interesse der bayerischen Heimat der bayerischen Staatsregierung in ihrem Kampfe um die Erhaltung der Selbstständigkeit Bayerns alle Kräfte zur Verfügung zu stellen, damit nicht mit papierenen Protesten, sondern mit dem Einsatz der Person für diese Schicksalsfrage des bayerischen Volkes gerämpft werden könne. Fortschrittlicher forderte zur Gründung eines „Bundes Bayerischer Heimat-Schutz“ auf. Die Bayern müßten sich, wie seinerzeit in den Einwohnerwehren, wiederum zusammenschließen, um unbeschadet ihrer sonstigen parteipolitischen Einstellung unbedingt und geschlossen fest zur Regierung zu stehen. Der Führer des Chemingaus, Major Bretlung, erklärte hierauf namens des Deutschen Frontkämpferbundes, und Bezirksführer Raub namens der Vereinigten vaterländischen Verbände ihren Anschluß an den neuen Bund. Einmütig wurde Fortschrittlicher als Führer bestimmt. Auch der Führer des Schwabenbanners gab die Erklärung ab, daß dieses sich Fortschrittlicher unterstelle.

Am nächsten Sonntag soll in München eine Massentomben-gebung unter freiem Himmel „für Bayerns Lebensrechte“ abgehalten werden. Von München aus soll dann die Bewegung in den nächsten Wochen über das ganze Land verbreitet werden. Die Bewegung wird vom Landesbürgererrat geleitet, der an die politisch aktiven Verbände, die gewerblichen Organisationen, die Sängerver- und Turnvereine und überhaupt an alle bayerisch gesinnten Schichten des Volkes die Einladung zur Teilnahme gerichtet hat.

Auf dem bayerischen Städtetag in Nürnberg kam es zu scharfen Auseinandersetzungen in der Frage der Reichsreform, nachdem der bayerische Minister des Innern zu den Bestrebungen des deutschen Städtetages gesprochen hatte, die Städte für die unitarische Propaganda einzuspinnen. Ihm entgegnete der Führer des Unitarismus in Bayern, Oberbürgermeister Luppe, Nürnberg. Oberbürgermeister Scharnagl, München, wendete sich gegen Luppe und sagte seine Ausführungen in einer Erklärung zusammen, die er namens aller auf dem Boden der bayerischen Eigenstaatlichkeit stehenden Städtevertreter abgab, und die nachstehenden Wortlaut hatte:

„Die Frage der Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern ist in ihrer Gesamtheit keine kommunalpolitische, sondern eine staatspolitische Angelegenheit. Trotzdem hat der Deutsche Städtetag diese Frage in einer Weise zur Erörterung gestellt, die uns als Gefährdung der kommunalpolitischen Interessen erscheint. Die auf dem Boden der Eigenstaatlichkeit Bayerns stehenden Gemeindevertreter sind der Überzeugung, daß kommunalpolitische Erwägungen eine Änderung der verfassungsmäßigen Struktur des Reiches in der Richtung auf den Einheitsstaat nicht für veranlaßt erscheinen lassen. Diese Gemeindevertreter hatten daher unverzüglich an dem Fortbestand des bayerischen Staates mit staatlichen Hoheitsrechten fest und unterstützen die bayerische Staatsregierung in ihrem Kampf um den Weiterbestand des bayerischen Staates.“

Die Erklärung wurde, wie die „Bayer. Staatsztg.“ berichtet, von der Mehrheit der Versammlung mit tosendem Beifall aufgenommen.

Zu den Verhaftungen in Mainz

Wird gemeldet, daß zwei Beamte und fünf Arbeiter durch die französische Kriminalpolizei verhaftet worden sind. Ein Beamter und zwei Arbeiter sind bereits wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Französischerseits wird als Grund der Verhaftung Spionagedacht angegeben. Deutscherseits ist eine Unterfuchung eingeleitet worden.

Nach einer Ablehner Meldung sei das Verfahren so weit abgeschlossen, daß in den nächsten Tagen die Militärstaatsanwaltschaft Anklage auf schweren Einbruchdiebstahl und militärische Spionage erheben werde. Den Angeklagten wird während der ganzen Zeit der Unterfuchung kein Rechtsbeistand bewilligt. Erst am Tage der Hauptverhandlung darf ein Verteidiger gestellt werden. Nach den Bestimmungen des Militärrechts im besetzten Gebiet muß dieser Verteidiger aber ein Franzose sein. Deutsche werden wegen Gefährdung der Staatssicherheit abgelehnt. Die französische Kriminalpolizei hat in der Angelegenheit auch drei Franzosen verhaftet, darunter einen Offizier.

Gemeinde- und Kreisratswahlen in Thüringen

Die am Sonntag abgehaltenen Gemeinde- und Kreisratswahlen in Thüringen verliefen überall ruhig. Die Wahlbeteiligung zeigte eine starke Abnahme, sie erreichte z. B. in Weimar nur etwa 50 Prozent. Der an verschiedenen Orten eingetretenen Linksorientierung einzelner Gemeindevertretungen dürfte auf dem flachen Lande eine durch den Landbund bewirkte bürgerliche Mehrheit als Ausgleich gegenüber treten. Die größeren thüringischen Städte zeigen folgendes Bild hinsichtlich der Stadtratswahlen: Arnstadt erhielt eine starke Linksmehrheit, der Eisenacher Stadtrat weist eine Stärkung des demokratischen Einflusses auf, im Sonneberger Stadtrat haben 10 Bürgerlichen und 1 Nationalsozialisten 10 Wähleranteile gegenüber. Weimar behielt, ebenso wie Jena und Gotha, eine bürgerliche Mehrheit. Die Nationalsozialisten gewannen vielerorts Stimmengewinn, so vor allem in Almenau und in Schleiz. In Gera kam es dagegen zu einer Linksmehrheit.

Ein „Fall Spikeder“ in Paris

Zur Zeit schwebt in Paris eine gerichtliche Unterfuchung gegen eine Frau Bloch-Sanau, Leiterin verschiedener Finanzgesellschaften, die Sparereine bis 40prozentige Verzinsung versprochen. Frau Sanau gab auch eine Zeitung „Gazette du Franc“ heraus und war Vorgesetzte einer Nachrichtenagentur „Antepresse“. Der „Matin“ spricht von mehreren Hundert Millionen Franken, um die Sparereine und Geldgeber betrogen worden sein sollen, die der „Gazette du Franc“ und ihren Tochtergesellschaften ihr Geld anvertrauten. Zwei Vorführungsbefehle sind erlassen worden, der eine gegen die Herausgeberin der „Gazette du Franc“, Frau Sanau, der zweite gegen den früheren Gatten der Frau Sanau, Lazare Bloch, der an den Gesellschaften der „Gazette du Franc“ mitinteressiert ist — und zwar wegen Vertrauensmissbrauchs und Betrugs.

W.D. Paris, 4. Dez. (Tel.) Die Herausgeber der „Gazette du Franc“, Frau Sanau und Lazare Bloch, sind heute früh um 5 Uhr verhaftet worden.

Der Rohrbach-Flugzeugbau dementiert die Nachricht über einen bis zum 12. Dezember geplanten Abflug des Rohrbach-Flugbootes „Nostra“. Der Flugzeugtyp sei zwar für Frachtfähigkeit über große Strecken konstruiert, das erste Flugboot dieses Typs befinde sich jedoch erst im Stadium der Versuchsfüge.

Badischer Teil

Ein neuer Schlichter für Südwest-Deutschland

Mit Wirkung vom 1. Januar 1929 ab werden die Schlichterbezirke Württemberg und Baden zu dem Schlichterbezirk Südwestdeutschland vereinigt. Der Schlichterbezirk Südwestdeutschland umfaßt die Freistaaten Württemberg und Baden und den Preussischen Landesteil Hohenzollern (Preussischer Regierungsbezirk Sigmaringen). Der Sitz des Schlichters für den neuen Bezirk ist Karlsruhe.

Die Schlichter, Ministerialrat Schmuder in Stuttgart und Landrat Stehle in Karlsruhe, werden mit Ablauf des 31. Dezember 1928 von ihren Ämtern als Schlichter entbunden. Mit Wirkung vom 1. Januar 1929 wird Dr. Kimmich, zurzeit Vorsitzender des Schlichtungsausschusses in Stuttgart, zum Schlichter für den Schlichterbezirk Südwestdeutschland bestellt.

Amtsenthbung des Professors Kraft in Pforzheim

Von unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt, daß Professor Herbert Kraft an der Oberrealschule in Pforzheim, nachdem ein Strafverfahren wegen eines Bergehens gegen das Republikstrafgesetz gegen ihn eingeleitet wurde, von dem Minister des Kultus und Unterrichts seines Amtes enthoben wurde.

Badens Sitz bei der Reichsbahn

Auf die Feststellungslage, mit der das Land Baden beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich eine Bestätigung seines Anspruches auf einen Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft erstrebt, hat das Reich alsbald mit einem weitreichenden Gegenantrag geantwortet, nach dem die Leipziger Instanz den Ländern Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden das Recht auf Benennung von Mitgliedern zu der genannten Körperschaft absprechen sollte. Nunmehr hat Baden beim Staatsgerichtshof den Erlaß einer einstweiligen Verfügung beantragt, die dahin lauten soll, daß dem Lande Baden auf alle Fälle ein Verwaltungsratssitz freizuhalten sei, bis die Entscheidung im Rechtsstreit zwischen dem Reich und den vier Ländern vorliegt.

Rektoratswahl in Freiburg

Zum Rektor der Universität Freiburg für das Studienjahr 1929/30 wurde der Professor der klassischen Archäologie, Dr. Hans Dragendorff, gewählt. Der neue Rektor, der als Nachfolger von Prof. Dr. Uhlenhuth sein Amt am 15. April nächsten Jahres übernehmen wird, ist 1870 in Dorpat geboren, wirkte von 1898 bis 1902 in Basel, später in Frankfurt a. M. als Direktor der Römisch-Germanischen Kommission des deutschen Archäologischen Reichsinstitutes. Später war er als Generalsekretär dieses Instituts in Berlin tätig. Seit 1922 lehrt der neue Rektor in Freiburg. Prof. Dragendorff ist Mitglied der Preussischen Akademie der Wissenschaft.

Konsularische Vertretung der Türkei

Der Türkische Konsul Ali Nisa Bey in Berlin ist vorläufig zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

Ausbildung von Volksschullehrern

An Ostern 1929 finden wiederum Aufnahmen in den 1. Jahrgang der Lehrerbildungsanstalten Freiburg, Heidelberg und Karlsruhe statt. Der Unterricht in der Lehrerbildungsanstalt ist unentgeltlich; für Verpflegung und Unterkunft werden Heime, in denen nur die Selbstkosten berechnet werden. Schüler Höherer Lehranstalten, welche Ostern 1929 das Reifezeugnis erlangen werden und sich um Aufnahme in eine Lehrerbildungsanstalt bewerben wollen, haben ihre Meldungen mit einem Lebenslauf und einem beglaubigten Zeugnis durch Vermittlung ihrer Anstaltsdirektion beim Unterrichtsministerium bis spätestens 15. Januar 1929 vorzulegen. Die Direktoren der Höheren Lehranstalten werden sich bei Vorlage der Gesuche darüber äußern, ob der Bewerber an Ostern 1929 voraussichtlich das Reifezeugnis erlangen wird. In dem Gesuch hat der Bewerber anzugeben, welchem Bekenntnis er angehört, welcher Anfall er zugewiesen zu werden wünscht, und ob er Aufnahme im Heim der Lehrerbildungsanstalt erhalten will. Ein Anspruch auf Berücksichtigung dieser Wünsche besteht nicht.

Abiturienten(innen), die eine höhere Lehranstalt zurzeit nicht mehr besuchen, haben ihr Aufnahmegeheiß unmittelbar beim Ministerium des Kultus und Unterrichts ebenfalls bis spätestens 15. Januar 1929 einzureichen.

Dienstprüfung der Volksschulkandidaten

Auf Grund der Bestimmungen über die Dienstprüfung der Volksschulkandidaten vom 30. Juli 1912 werden Mitte April 1929 an den Lehrerbildungsanstalten Dienstprüfungen abgehalten.

Aus der badischen Industrie

Krisenunterstützung für die Textilarbeiter des Altals. Auf den Antrag des Zentralverbandes Christlicher Textilarbeiter vom 7. August hat der Präsident des Landesarbeitsamts die Krisenunterstützung auf die Dauer von einem Vierteljahr für verheiratete sowie für ledige Berufsangehörige des Spinnstoffgewerbes genehmigt. Dies gilt für den Landesarbeitsamtsbezirk Karlsruhe. Die Genehmigung für die Krisenunterstützung läuft vom 26. November bis 25. Februar 1929. Ob eine weitere Verlängerung von einem Vierteljahr eintritt, hängt von den wirtschaftlichen Verhältnissen und der weiteren Entscheidung des Präsidenten des Landesarbeitsamts ab.

Die Zigarrenindustrie liegt in Destringen bei Bruchsal ebenfalls sehr darnieder. Die Fabriken haben die Arbeitszeit verkürzt und weitere Einschränkungen stehen vor der Tür. Auch aus den übrigen Orten des Bezirks Bruchsal werden in dieser Industrie Arbeitszeitverkürzungen vorgenommen.

Zur Lage in der Uhrenindustrie. Der Verband der Schwarzwälder Uhrenindustrie teilt dem W.D. mit, daß ihm von einer Kündigung des Lohnabkommens auf den 31. März 1929 nichts bekannt sei. Die Verhandlungen wegen der Arbeits- und Lohnzeitfrage seien noch in der Schwebe. In den nächsten Tagen fänden wieder unmittelbare Verhandlungen zwischen den Organisationen statt, nachdem die vorläufigen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss teilweise zu einer Einigung nicht geführt hatten.

Das Kinderhospital Dürheim

Am Sonntag ist, wie gemeldet, in Dürheim der neue große Erweiterungsbau der Kinderheilstätte des Badischen Frauenvereins in feierlicher Weise seiner Bestimmung übergeben worden.

Diese Anstalt hat sich aus kleinen Anfängen in allmählicher Anpassung an die Zeitbedürfnisse zu ihrer jetzigen imposanten Größe entwickelt. Sie ist aus einer 1879 gegründeten Kinderstation mit 7 Betten hervorgegangen. Erst 1898 erfolgte die Einrichtung von Solbädern im eigenen Hause. 1902 folgte der Landesvorstand des Badischen Frauenvereins den Wunsch, einen neuen Anstaltsbau nach den Plänen des inzwischen verstorbenen Prof. Nagel (Karlsruhe) zu errichten. Im Sommer 1906 wurde die neue Anstalt mit 120 Betten für Sommerbetrieb eröffnet.

Nachdem man 1908 Winterkuren eingeführt, also den Ganzjahresbetrieb eingeführt hatte, wurde zur Verlängerung des Südostrügelgeschäfts 1913 wurde nach Angabe des Schweizer Arztes Bernhard in Gartengelände eine Sonnen-Viegehalle errichtet, um die klimatischen Möglichkeiten für unsere Kinder besser auszunutzen zu können. Neben der Zugsprachnahme der Anstalt durch die Seeresverwaltung, bestand während des ganzen Krieges eine Kinderabteilung mit 50 Betten weiter, die von einer Anstaltsärztin versorgt wurde. Erst im Mai 1919 konnte die Anstalt wieder ihrem eigentlichen Zweck, der Behandlung von Kindern, zugänglich gemacht werden. Man zählte jetzt 180 Betten und hatte einen eigenen leitenden Arzt. Es fanden nunmehr Kinder mit allen tuberkulösen Schädigungen und Erkrankungen Aufnahme, ausgenommen Lungentuberkulose. Zu der Folgezeit wurde die Anstalt mehrfach erweitert und zu einer Spezialheilstätte für Knochen- und Gelenktuberkulose und ähnliche Erkrankungen ausgebaut, ohne daß dadurch ihre frühere Aufgabe, die Aufnahme von schwächlichen, gefährdeten und rachitischen Kindern, vernachlässigt worden wäre.

Die Zugsprachnahme der Anstalt hat aber im Laufe der Jahre einen derartigen Umfang angenommen, daß im Sommer 1927 wiederum mit der Erstellung eines Erweiterungsbauwerks begonnen werden mußte, wofür die Pläne von den Architekten Feister und Großmann (Karlsruhe) gefertigt wurden. Die Lösung der gestellten Aufgabe ist ihnen zur vollen Zufriedenheit gelungen. Der Erweiterungsbau ist ebenfalls mit seiner Hauptseite nach Südwesten orientiert und durch einen Verbindungsgang im Keller, Erdgeschloß und Obergeschloß mit dem Altbau verbunden. Die Anordnung der Räumlichkeiten entspricht den höchsten Anforderungen der Zweckmäßigkeit; außerdem ist die Anstalt heute auf das modernste eingerichtet. Vor dem Anstaltskomplex wurde ein Krankenhaus errichtet. Daneben befindet sich die Wohnung des Direktors und die Unterbringungsmöglichkeit für weitere drei Ärzte.

Die Anstalt hat jetzt 300 Betten für Kinderpatienten im Alter von 1 1/2 bis 16 Jahren. Dazu kommen noch circa 70 Betten für Personal. Als Krankenpflegerinnen und ärztliches Hilfspersonal werden in der Hauptabteilung voll ausgebildete Notekreuz-Schwester, und zwar vom Mutterhaus des Badischen Frauenvereins vom roten Kreuz, beschäftigt.

Aus den Parteien

Bei der Wahlkreis-Konferenz in Ettlingen wurden seitens der Zentrumspartei für den 14. badischen Wahlkreis (Ettlingen-Durlach-Karlsruhe-Land) folgende Kandidaten aufgestellt: 1. Gewerkschaftssekretär Fridolin Geurich, bisheriger Landtagsabgeordneter, 2. Landwirt und Gajlwirt, Gugelmann in Stuppberg, 3. Landwirt Franz Karl Geiger in Malsch, und 4. Stadtpfarrer Rast in Ettlingen.

Für den Wahlkreis Freiburg-Land wurde von der Zentrumspartei folgende Landtagskandidatenliste aufgestellt: 1. Josef Duffner, Gutsbesitzer in Furtwangen, N.d.R., 2. Lambert Schill, Landwirt in Merzhausen, 3. Valentin Eigenlaub, Regierungsrat und Obergewerkschaftssekretär in Karlsruhe.

Die Deutsch-Demokratische Partei stellte im 4. Landtagswahlkreis Säckingen-Waldshut als Spitzenkandidaten Bezirksleiter Dr. Rigobert Wegner in Säckingen auf. An zweiter Stelle steht Bürgermeister Gast- und Landwirt Franz Roginger in Albrich-Kiefenbach.

Einigung im badischen Weinbau

Es wird uns geschrieben: Vor einigen Tagen ging durch die badischen Zeitungen eine Notiz, daß sich die badischen Weinbauernorganisationen zu einem Verband, dem „Badischen Weinbauverband“ zusammengeschlossen haben. Die Meldung, daß der „Badische Weinbauverband“ als Organ die Zeitschrift „Weinbau- und Kellerwirtschaft“ führt, entspricht nicht den Tatsachen. Der „Badische Weinbauverband“ benutzt als Veröffentlichungsorgan vielmehr die beiden in Baden erscheinenden Fachblätter für Weinbau, „Der deutsche Weinbau“ und „Weinbau und Kellerwirtschaft“, sowie die beiden landwirtschaftlichen Zeitungen, „Badische landw. Zeitung“ (Karlsruhe) und „Badischer Bauer“ (Freiburg).

Tagungen

Der Verein badischer Pflanzengärtner e. V. hält am 9. Dezember 1928 in Wertheim seine 8. ordentliche Generalversammlung ab. Anschließend findet nachmittags eine öffentliche landwirtschaftliche Versammlung statt, in der Graf Douglas, der Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer über die Lage der badischen Landwirtschaft, und Landwirtschaftsrat Fuß, Mastatt, über „Der badische Bauer und die badische Pflanzengärtner“ sprechen werden.

Berlin-Westen im Dunkel

Montag Abend wurde Berlin von einer Lichtstörung betroffen. Während die Störung sich in den meisten Stadtteilen nur auf die Beleuchtung auswirkte, hatte sie in Charlottenburg eine zeitlang auch eine Störung des Straßenbahnverkehrs zur Folge. In dem Abstandwert West der Berliner Elektrizitätswerke war ein 20.000-Kilowatt-Transformator defekt geworden und durch die dadurch entstehende Hochspannungsschwankung traten innerhalb des Versorgungsgebietes der Dewart Lichtstörungen ein. Gleichzeitig schalteten sich die Transformator des Südwestwertes aus.

Bedenkliche Medikation

Zu der Meldung, daß in Berlin sechs Personen nach dem Genuß eines Kubers eines Magnetopathen erkrankt seien, wird noch berichtet, daß es sich nicht um ein Gift, sondern um ein Anaphrodisiakum handelt.

Zwei Jüge im Arlberggebiet eingeschneit

Durch die starken Schneefälle im Arlberggebiet wurden zwei Jüge eingeschneit. Der eine Jüge, der seit Sonntag in Dalaas steht, konnte am Montag durch Schneeschleuderer freigemacht werden. Der andere Jüge, der schon 24 Stunden im Wald am Arlberg festliegt, muß auch noch die heutige Nacht dort verbringen. Der Jüge ist geheizt, die Reisenden können sich von der nächsten Ortschaft aus versorgen. Die Arlbergstrecke ist wegen Lawengefahr gesperrt.

Gemeinderundschau

Ein neues Wohnviertel in Karlsruhe

Der Stadtrat Karlsruhe hat von dem Wettbewerb über die Ausschließung des südlichen Dammertodgeländes (auf den Abwiesen westlich der Ettlinger Allee) Kenntnis genommen. 43 Entwürfe wurden zu dem Wettbewerb eingereicht. Dieser Tage sprach auch im Karlsruher Architektenverein Prof. Dr. Schmitthener von der Technischen Hochschule Stuttgart, der dem Preisgericht angehört hatte, über den Wettbewerb. Sein Zweck war die Gewinnung von guten und wirtschaftlichen Plänen für Ein- und Mehrfamilienhäuser mit Kleinstwohnungen in den Abteilungen von 45, 57 und 70 Quadratmeter Wohnfläche und die Aufteilung des Geländes unter Verwendung der gewonnenen Grundrisse. Einleitend kam der Redner auf den Streit zwischen Flach- und Steildach zu sprechen. Die Dachfrage sei für ihn lediglich eine technisch-wirtschaftliche Frage. Bei der Entscheidung des Preisgerichtes sei Wert auf Wirtschaftlichkeit, aber auch auf Klarheit in der Gestaltung gelegt worden. Der Bebauungsplan von Prof. Gropius in Berlin mit dem 1. Preis sei zweifellos klar und wirtschaftlich. Seine Haustypen gründen sich auf ein ganz besonderes rationalisiertes Bauprogramm. Die Einfamilienhaustypen des 2. Preisträgers, Architekten Gieseler in Celle, werden einfach auf den Boden (ohne tiefen Keller) gesetzt. Im Erdgeschloß befinden sich die Nebenräume mit einem überdachten Platz, der eine schöne Verbindung mit dem Gartengrundstück ergibt. Im Obergeschloß liegen sämtliche Wohn- und Schlafräume in ausgezeichneter Weise beieinander. Die übrigen preisgekrönten Entwürfe von Ripphaus u. Grob in Köln und die der Karlsruher, Dr. Köfner, Architekt Feib, sowie der Professoren Voghtsamer und Schmitt, bauen ihre Einfamilienhaustypen auf althergebrachter Grundlage auf. Gleiches gelte im wesentlichen auch für die angekauften Entwürfe. Einen neuen Gedanken bietet hinsichtlich des Einfamilienhauses die Arbeit von Prof. Freese an der Techn. Hochschule Karlsruhe durch die Abbedung des Hauses durch ein Bullbad. Von den preisgekrönten und angekauften Entwürfen wurde eine Reihe von Mehrfamilienhaustypen mit guten Grundrisselementen vorgeführt.

Der künftige Heidelberger Oberbürgermeister. In einer Sitzung der Wahlkommission erklärten sich die Fraktionen des Heidelberger Bürgerausschusses einschließlich der Sozialdemokraten, jedoch mit Ausnahme der Kommunisten, für die Wahl des Beigeordneten Dr. Reinhaus in Varnen als Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg. Damit ist die Wahl dieses Verwerbers gesichert. Die Wahl selbst wird nunmehr in etwa 14 Tagen vor sich gehen. Dr. Karl Reinhaus ist 40 Jahre alt. Er studierte in Heidelberg und Bonn, war dann vor dem Krieg in der Reichswehr und trat 1919 in Pommeroy an. Niederheim bei der Stadtverwaltung ein. Ein Jahr war er dann im Zentralbüro des Deutschen Städtebundes in Berlin tätig, um dann im Frühjahr 1920 von der Stadt Varnen zum Beigeordneten gewählt zu werden. Dort hat er sich als Dezentrat des Wohlfahrtswesens und Leiter des Verkehrsreferats seit dieser Zeit mit großem Erfolg betätigt. Dr. Reinhaus gehört übrigens keiner Partei als Mitglied an.

Bürgermeisterwahlen. In Sulzburg wurde für den zurückgetretenen Bürgermeister Franz Landwirt Jakob Kallenbach mit 310 Stimmen gewählt. 278 Stimmen entfielen auf Köhler. Die Wahlbeteiligung war sehr hoch und betrug über 80 Proz. — In Binzen (Amt Vörrad) erhielt der Kandidat der Bürgerlichen Partei, Robert Rupp, 277, der Kandidat der Sozialdemokraten, Fünffilling, 111 Stimmen, der Kandidat der Kommunisten, Raser, 79 Stimmen. Rupp wurde zum Bürgermeister gewählt. Von den 693 Wahlberechtigten stimmten 479 Wähler ab. Der bisherige Bürgermeister Karl Brombacher hat sein Amt 18 Jahre verwaltet. — In Oberklosterbach (Obenwald) wurde Bürgermeister Schöllenberger, welcher vor 2 Jahren sein 25jähriges Jubiläum feierte, mit großer Majorität wieder gewählt.

Der Bürgerausschuß Durlach genehmigte eine Vorlage des Stadtrats über Anforderung von 165 300 M zur Herstellung von Ortsstraßen. Die Vorlage betreffend Aufhebung der Stadt. Sparlaste Durlach und ihren Ausbau zu einer Bezirksparafasse wurde vom Bürgerausschuß angenommen. Auch verschiedene Gemeinden der Umgebung sind mit der Gründung einer Bezirksparafasse einverstanden. Der Reibelsbacher Hof. Der Reibelsbacher Hof mit einem Flächeninhalt von über 297 Hektar gehörte früher dem Fürst Johannes Hohensiehe-Partenstein. Im Jahre 1928 kaufte die Gemeinde Gerchsfelden (Baden) den Hof für 280 000 M. Richter in des Hofes war bis zu diesem Augenblick die Stadt Heidelberg. Der Hof ging dann an die Orte Gerchsfelden und Eubigheim über, die ihn an die Landwirte aufteilten.

Aus der Landeshauptstadt

Der Bestechungsprozess Elsäffer

Am Montag kam die Angeklagtenvernehmung im Bestechungsprozess gegen Baurat Elsäffer und Genossen zum Abschluß. Zunächst kam die Anklage gegen den hiesigen Elektrotechniker Valentin Gais, die auf Bestechung lautet, zur Sprache. Wie mehrere Mitangeklagte, soll er, was er ebenso wie diese bestritt, Seipp durch Einladungen zu Autofahrten, Jagden und durch Beschreibungen veranlaßt haben, ihm Arbeiten zuzulassen. Bei der Vernehmung einer Arbeitsleistungsanlage für das Versorgungsamt, die ausgeschrieben und befristet bis 2. August, vormittags 11 Uhr, war, wurde von Seipp das Angebot Elsäffers noch um 11.20 Uhr angenommen, allerdings mit dem Bemerkung, daß es zu spät eingelaufen sei und nicht berücksichtigt werde. Seipp erklärte, daß es sich nicht, wie die Anklage annimmt, um eine öffentliche Ausschreibung handelte, sondern lediglich um eine Auforderung an einzelne Unternehmer zur Einreichung von Angeboten. Beim Verlauf eines alten Gasmotors soll eine Mitteilung Seipps, daß eine mitangehende Firma höhere Preise geboten habe, Gais veranlaßt haben, eine Nachforderung auf sein Angebot einzureichen. Seip spricht sich dahin aus, daß er lediglich über das Gewicht des zu veräußernden Materialgegenstandes Auskunft gegeben habe, wozu er berechtigt gewesen sei. Der weitere Anklagepunkt brachte Gais in große Erregung. Es soll sich nach der Anklage an einer alten Lichtleitung, die ihm auf Abbruch unentgeltlich von Seipp überlassen worden war (es handelte sich um Kriegserschandbriete aus Zint in den abgubredenden Offiziersbaracken am Ettlinger-Tor-Platz, Gesamtwert: 30 Reichsmark), „bereichert“ haben. Er verwahrt sich gegen den Vorwurf, „derartigen Dred“ wieder verwendet zu haben. Der sei zu nichts zu gebrauchen gewesen. Es sei ein starkes Stück, daß man mit einem ehelichen Geschäftsmanne so umspringe. Der Vorsitzende entgegnete darauf, daß ihm nicht zum Vorwurf gemacht werde, die alten Leitungen wieder verwendet zu haben; in einem anonymen Briefe, den er heute erhalten habe, sei gleichfalls hiervon die Rede. — Der Angeklagte Seipp betreibt wiederholt, sich dienstlich unkorrekt verhalten zu haben. — Dann tritt das Gericht in die Beweisaufnahme ein. (Fortsetzung der Verhandlung: Dienstag vormittag.)

Stadtsamrat Heinrich Reuber, eine der bekanntesten und beliebtesten Persönlichkeiten unter der Beamtenschaft der Karlsruher Stadtverwaltung, ist am 30. November, nach 50jähriger Tätigkeit im öffentlichen Gemeindedienst in den Ruhestand getreten. Die Kollegen der städtischen Zentralverwaltung veranstalteten zu seinen Ehren am Samstag Abend in der Stadtgartenwirtschaft eine Abschiedsfeier. Die Festansprache hielt der Vorstand der Stadtkanzlei, Verwaltungsdirektor J. Rader. Er überreichte ein von den verschiedenen Abteilungen der Stadtkanzlei unterzeichnetes Ehren-diplom. Am Morgen des gleichen Tages fand im Rathaus bei dem Oberbürgermeister ein Abschiedsakt statt. Das Stadtoberhaupt sprach Amtsrat Reuber den warmen Dank der Stadtverwaltung aus und überreichte ihm eine sehr schöne Palme aus dem Stadgarten.

Chicago-Karlsruhe telephonisch. Der seit kurzer Zeit bestehende überseeische Telephonverkehr brachte Ende der vergangenen Woche dem Karlsruher Telegraphenamte Gelegenheit, eine überseeische Verbindung herzustellen. Eine junge Karlsruherin, die sich verlobte, empfing auf diesem außer-gewöhnlichen Wege die Glückwünsche ihres in Chicago wohnenden Onkels. Die Verständigung war vorzüglich.

Badisches Landestheater. Der Wochenplan der ersten Dezemberwoche erhält mit der Uraufführung der einaktigen Oper Jodors „Die Toteninsel“ und der Erstaufführung des Balletts „Petruschka“ von Strawinsky einen besonderen Akzent. Die Oper „Armina“ wird als Schüleraufführung am Freitag, 7. Dez., wiederholt werden, ferner als Vorstellung der Sommermeiere für Aushärtige am Sonntag, 9. Dez., nachmittags 15 Uhr. Am Sonntag Abend um 20 Uhr findet nochmals auf allgemeinen Wunsch die Lustspieloper „Der Barbier von Bagdad“ von Cornelius statt.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Der Hochdruck ist vom Ocean aus den Kontinent übergetreten und wandert nördlich von uns vorüber. Es wird jedoch vorerst noch nicht allgemein aufheiteren, da tiefer Druck sich südlich der Alpen erhalten hat. Wetteraus-sichten für Mittwoch: Zeitweise aufheiternd, vorübergehend trocken und kälter bei nordöstlichen Winden, in Aufklärungs-gebieten der Ebene Nachfröste, im Gebirge anhaltend leichte Fröste.

Kurze Nachrichten aus Baden

DB. Bühl, 3. Dez. Der früher bei der Eisenbahn ange-stellte und im Jahre 1925 abgebaute, 52jährige Geiger Karl Odenfuh von Reier schloß am Samstag nachmittag mit dem Revolver auf seine Frau und älteste Tochter, die glücklich-weise verschont blieb. Alsdann schritt er sich mit dem Revolver, auf dem Sofa liegend, den Hals durch. Die Ursache dürfte in zerrütteten Familienverhältnissen zu suchen sein. Im Sommer stellte die Frau beim Bezirksamt Antrag auf Unterbringung des Mannes in eine Nervenheilanstalt. Da diesem Antrag nicht entsprochen wurde, stellte sie beim Gericht Antrag auf Gütertrennung und Ghescheidung. Am Samstag holte die Frau zum erstenmal die ihr gerichtlich zugesprochene hälftige Pension des Mannes. Der Mann, der nach ihr den ganzen Betrag erheben wollte, weigerte sich, die Hälfte anzunehmen, holte sie aber später doch und kaufte sich einen Revolver, mit dem er die Schüsse auf Frau und Tochter ab-gab.

ld. Rotenfels (bei Mastatt), 4. Dez. Gestern Abend 6 Uhr ist in der hiesigen Holzmehlmühle ein Schadenfeuer ausgebrochen, das größeren Umfang annahm durch die vorhande-nen Korralager. Der Brand soll durch einen Fremdkörper hervorgerufen worden sein, jedenfalls ein Stück Eisen, das in den Steinhahlgang geraten war und Funken geschlagen hat. Die Fabrikationsmaschinen sind vollständig vernichtet worden, während der Maschinenraum gerettet werden konnte. Der Schaden an Maschinen beläuft sich auf ungefähr 180 000 Reichsmark, der Gebäudeschaden läßt sich noch nicht über-blicken.

ld. Kandern, 4. Dez. Die Nebenbahn Gailingen-Kandern, welche der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft gehört, hat ihre Tarife recht erheblich erhöht, so daß es fast das Doppelte wie für die gleiche Strecke auf der Staatsbahn ausmacht. Die anliegenden Gemeinden fordern um dieser Verkeinerung we-gen ein Eingreifen der Behörden.

ld. Donaueschingen, 4. Dez. Gestern Abend 17 Uhr brach in dem in der Nähe des Bahnhofs gelegenen Deu- und Strohmagazin der Holz- und Fouragehandlung Kühn Feuer aus, dem circa 3000 Zentner Deu, 200 Zentner Stroh und neun mit Deu beladene Wagen, Dreschmaschinen usw. zum Opfer fielen. Der Brandschaden — der Gebäudeschaden ist mit eingerechnet — beläuft sich auf 80 000 M und ist durch Versicherung gedeckt. Als Brandursache nimmt man Brandstiftung an.

* Konstanz, 4. Dez. Nach einer Mitteilung der „Deutschen Bodenseezeitung“ hat hier vor einigen Tagen zwischen Angehörigen zweier Verbindungen des Konstanzener Technikums eine sogenannte schwere Säbelmenschur stattgefunden, wobei der stärkere Gegner dem kleineren einen derartigen Säbelhieb über den Kopf versetzte, daß die Schädeldecke gespalten wurde. Der Schwerverletzte ist zurzeit im Städt. Krankenhaus.

ld. Triberg, 4. Dez. Auf dem hiesigen Friedhof fand in der letzten Woche die Umbettung der sterblichen Hülle des Bürgermeisters de Pelligriani statt. Nachdem das dafür bestimmte Ehrengrabmal, das sich in großem Granitabstand an den Tannenwald oberhalb des Friedhofes anschließt, soweit fertiggestellt ist, hat der frühzeitig Dahingegangene, dem Triberg für seine Entwicklung viel verdankt, eine Ruhestätte gefunden, die hoch über die von ihm geliebten Schwarzwald-höhen und -täler schaut. Aus Anlaß der Umbettung erwies der Gemeinderat dem Verstorbenen eine Ehrung und legte einen Kranz nieder.

DB. Freiburg i. Br., 3. Dez. Am Samstag fand hier die Feier des 70. Geburtstages von Skipapa Kohlhepp statt, die von der Ortsgruppe Freiburg des Ski-Clubs Schwarzwald ver-anstaltet wurde und sich zu einer besonderen Ehrung für den 70jährigen gestaltete. Neben dem Hauptvorstand des Ski-Clubs Schwarzwald waren eine Reihe von Persönlichkeiten erschienen.

DB. Freiburg, 4. Dez. Das Schwurgericht Freiburg verurteilte heute Nacht 11.20 Uhr die Brüder Hugo und Adolf Fischer wegen gemeinsam verübten Totschlags zu je 2 1/2 Jah-ren Zuchthaus abzüglich 3 Monate Untersuchungshaft und zu den Kosten des Verfahrens. Der Staatsanwalt hatte 5 Jahre Zuchthaus beantragt. Es handelt sich um das Drama aus der Mühle in Waltershofen am Tunberg. Die beiden Brü-der haben Mitte August ihren Stiefvater, den knapp 27jähri-gen Müller Ludwig Künze, erschossen. Die Frau des Ge-töteten und Mutter der beiden Angeklagten stand anfänglich im Verdacht, die Tat der Söhne begünstigt zu haben. Das gewalttätige Ende des jungen Müllers Künze war der vor-läufige Abschluß eines an Konfliktstoffen überladenen Fa-milienlebens.

OB. Freiburg i. Br., 2. Dez. Der Bau der Seilseilbahn auf dem Schauinsland soll in den nächsten Tagen in Angriff genommen werden.

OB. Freiburg i. Br., 1. Dez. Hier ist eine neue evangelische Pfarrei gebildet worden, die den Bezirk Oberwiehre umfasst und den Namen „Friedenspfarre“ führt. Zum Pfarrer wurde Pfarrer Dr. Daiber gewählt, der bisher im badischen Schuldienst als Religionslehrer tätig war.

OB. Gersberg bei Schönau, 3. Dez. Wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung ist der hiesige Ratschreiber und Stromwärter im Laufe der vergangenen Woche verhaftet worden. Wie verlautet, soll die Angelegenheit noch weitere Kreise ziehen.

Hd. Lautenbach bei Oberkirch, 3. Dez. Der ledige etwa 28 Jahre alte Landwirtssohn Andreas Bohnert vom Steighof, an der Ottenhöfen-Lautenbacher Gemeindegrenze gelegen, wurde am vergangenen Freitagabend auf dem Heimweg von der Andreasfeier von seinem Freunde, welcher mit ihm gefeiert hatte, im Streit erschossen. Der verheiratete 32 Jahre alte Holzhauser Anton Holz vom Söhlberg (Ottenhöfen) hat unterwegs dem Bohnert eine Zigarette an. Durch die Begrüßung, mit welcher Bohnert die Zigarette ablehnte, fühlte sich Holz beleidigt. Ein Wort gab das andere und schließlich kamen die beiden „Freunde“ miteinander ins Raufen, in dessen Verlauf beide zu Boden stürzten. Während nun der stärkere Bohnert auf dem schwächeren Holz lag, zog letzterer seinen Revolver und gab auf seinen Gegner drei Schüsse ab. Von drei Kugeln in den Kopf getroffen, mußte Bohnert nach Hause gebracht werden, wo er dann am Samstag früh verstarb.

OB. Gernersheim, 4. Dez. Die Arbeiten zur Schleifung der Befestigungswerke Gernersheims gehen dem Ende entgegen. Es ist nur noch die Einhebung der beiden Wälle am Weihenburger Tor zu verbleiben.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	1. Dez.		2. Dez.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.38	168.72	168.37	168.67
Kopenhagen 100 Kr.	111.79	111.91	111.78	112.00
Italien . . . 100 L.	21.94	21.98	21.95	21.99
London . . . 1 Pf.	20.334	20.374	20.329	20.369
New York . . . 1 D.	4.1925	4.2005	4.1915	4.1995
Paris . . . 100 Fr.	16.375	16.415	16.375	16.415
Schweiz . . . 100 Fr.	80.76	80.92	80.745	80.905
Wien 100 Schilling	58.95	59.07	58.93	59.05
Prag . . . 100 Kr.	12.422	12.442	12.42	12.44

Rähmaschinenfabrik Karlsruhe, vorm. Oais & Ren, Karlsruhe. Der Abschluß für das Geschäftsjahr 1927/28 ergibt nach Abschreibungen auf die Anlagen von 366 000 M (i. B. 214 777,68 M) einschließlich des Gewinnvortrags einen Überschuß von 32 106,24 M, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Die Generalversammlung findet am 21. Dezember d. J. statt.

Staatsanzeiger

Dem Rühmterbauverein Überlingen wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Geldlotterie erteilt.
Karlsruhe, den 29. November 1928.
 Der Minister des Innern
 J. B.: Föhrenbach.

Bekanntmachung
 Die Aufnahme einer Anleihe und die Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber durch den Bad. Sparfassen- und Giroverband in Mannheim.

Dem Badischen Sparfassen- und Giroverband mit seiner Zweiganstalt, der badischen Girozentrale, in Mannheim ist durch Entschliebung vom heutigen im Einvernehmen mit den Ministerien der Finanzen und der Justiz die Genehmigung zur Ausgabe von zu 8 1/2 Prozent verzinslichen Schuldverschreibungen auf den Inhaber im Nennwert von 13 000 000 Fr. — Dreizehn Millionen Franken —

Schweizerwährung sowie zur Ausgabe der zugehörigen Zinscheine erteilt worden.
Karlsruhe, den 1. Dezember 1928.

Der Minister des Innern
 J. B.: Föhrenbach.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurufbeförderungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
 Verwaltungsassistent Johann Steimbrenner beim Statistischen Landesamt in Karlsruhe zum Verwaltungssekretär.

Zurückgenommen:
 Die Beförderung des Regierungsrats Matthäus Kühn beim Bezirksamt in Karlsruhe an das Bezirksamt in Donaueschingen.

Befördert:
 Regierungsrat Johannes Dünke unter Zurückziehung seiner Beförderung an das Bezirksamt in Karlsruhe an das Bezirksamt in Donaueschingen.

Öffentliche Bezirksparitätale Galem

Bilanz auf 31. Dezember 1926

Vermögen:		Schulden:	
	RM		RM
Verwaltungsgebäude . . .	1,—	Spareinlagen	679 046,82
Sonstige Grundstücke . . .	2,—	Giroeinlagen	87 810,41
Hypotheken	168 076,35	Kontokorrenteinlagen . . .	21 394,10
Grundstückkaufgelder . . .	22 457,05	Anlehenskapitalien	67 987,16
Schuldenscheindarlehen gegen Bürgschaft	424 310,66	Aufwertungsfond	99 508,62
Wechselbarlehen	55 089,03	Rücklagen	75 607,07
Darlehen in lfd. Rechnung:		Ausgabenrückstände	97,85
1. Bei Banken u. Girozentrale	38 279,48	Reingewinn	36 078,66
2. Bei Privaten	322 056,30		
Einnahmerückstände	28 682,99		
Kassenvorrat	8 574,83		
Gerätschaften	1,—		
	1 067 530,69		1 067 530,69

Berechnung der Rücklagen

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 8% aus 788 251,33 RM Einlagen = 63 060,10 RM
 Sie beträgt am 31. Dezember 1926 = 111 685,73 „
 Somit verfügbarer Überschuß = 48 625,63 RM

Galem, den 1. Dezember 1928. O.144
 Der Verwaltungsrat: Der Geschäftsleiter:
 Sorg. Helmros.

Öffentliche Städtische Sparkasse Zell a. H.

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen:		Verbindlichkeiten:	
	RM		RM
1. Kassenbestand	12 859,56	1. Spareinlagen	896 532,37
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale, Postsparkassamt	62 159,27	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	67 420,13
3. Wechsel	27 399,59	3. Anlehensschulden (Reichsgewinnkredit für Kleinwohnungsbaubau)	70 600,—
4. Darlehen auf Hypotheken	301 725,—	4. Aufwertungsfond	41 209,85
5. Darlehen in laufender Rechnung	425 504,05	5. Reservefond	40 803,10
6. Darlehen auf Schuld-scheine	72 148,80	6. Reingewinn 1927	8 312,64
7. Darlehen an Gemeinden	194 250,—		
8. Einnahmerückstände	3 777,90		
9. Liegenschaften	25 062,92		
10. Gerätschaften	1,—		
	1 124 678,09		1 124 678,09

Berechnung der Rücklagen:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 8% aus 963 952,50 RM = 77 116,— RM
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 = 49 115,74 „
 Somit weniger = 28 000,26 RM

Zell a. H., den 13. Februar 1928. O.129
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsleiter:
 R. Schäfer, Bürgermeister. Rud. Buß.

Bekanntmachung.
 O.131. Donaueschingen. Der Nachlaß des Land- und Gastwirt August Galt (†29. Juni 1928) und derjenige seiner Ehefrau Maria Galt geb. Walschnagel (†30. Dez. 1927) — beide zu Gschach — wird amtlich verwaltet (§§ 1975, 1981 BGB.). Nachlassverwalter ist Ratsschreiber Jakob Gumburger in Adorf, Donaueschingen, den 23. November 1928.
 Notariat II als Nachlassgericht.

O.133. Mosbach. Über das Vermögen des Landwirts und Schreinermeisters Josef Eiermann in Oberöffeleng wurde heute vormittag 11 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Herr Rechtsanwalt Dr. Dörzbacher in Mosbach. Konkursforderungen sind bis zum 15. Dezember 1928 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Betwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschliebung über die in

§ 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände — und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen — ist auf Freitag, den 21. Dezember 1928, vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Mosbach, II. Stock Zimmer Nr. 42, bestimmt. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abson-

Klassenlotterie

Ziehung der dritten Klasse
am 14. und 15. Dezember

Erneuerung der alten Lose bis 7. Dezember
Bernhard Goldfarb
 Badischer Lottereeinnehmer 155
 Kaiserstraße 181 Ecke Herrenstraße

Karlsruher Brauereigesellschaft vormals R. Schremp und A. Prinz u. G. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Unsere
39. ordentliche Generalversammlung
 findet am

Freitag, 21. Dez. 1928, nachm. 4 Uhr,
 Waldstraße 16/18, Saal III, hier, statt, wozu wir die Herren Aktionäre hiermit ergebenst einladen.

Tagesordnung:
 1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates über die Ergebnisse des Geschäftsjahres 1927/28.
 2. Vorlage der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.
 3. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
 4. Bestimmung über die Verwendung des Reingewinnes.
 5. Wahl in den Aufsichtsrat.

Diejenigen Aktionäre, welche an der Generalversammlung teilnehmen wollen, werden wegen Beschaffung von Eintrittskarten auf § 13 des Statuts aufmerksam gemacht.
Karlsruhe, den 30. November 1928.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates:
 Geh. Hofrat Dr. Bing.

berte Befriedigung daraus
 ist dem Konkursverwalter
 bis 15. Dezember 1928 anzuzeigen. Mosbach, den 1. Dezember 1928. Bad. Amtsgericht.

**Freihändiger
 Auktionsverkauf**
 Forstamt Freiburg
 (staatl.), Dienstag, 11. Dezember: 1780 fm Nadelstammholz. Losverzeichnisse durch das Forstamt. O.132

Auktionsversteigerungen

Bad. Forstamt Bruchsal
 versteigert jeweils vorm.
 9 1/2 Uhr beginnend, im Gasthaus zum Wolf in Bruchsal aus Staatswald Obere Lufhardt am 12. Dezember 1928 ca. 875 fm Eichenstammholz I.—V. M. aus den Abt. I 25 und 26 sowie ca. 200 fm Fichtenabschnitte I.—V. M. aus den Abt. I. 74, 79, 80 u. 81. Am 13. Dezember 1928 ca. 400 fm Fichtenabschnitte I.—V. M. aus Abt. I 78; ca. 100 fm Eichenstammholz aus der Abt. I. 11, 84, 44, 58, 69, 74 und 80; ca. 20 fm Rotbuchenstammholz aus Abt. I. 11, 25, 26, 34, 58, 69 und 74; sowie ca. 6 fm Eichenstammholz aus Abt. I 11 und 12. Losauszüge und nähere Auskunft durch das Forstamt. O.128



Badisches Landestheater

Mittwoch, 5. Dezember

Geschlossene Vorstellung für die Volksbühne

Göhnderhannes

Schauspiel von Zudmayer
 Anfang 19 1/2, Ende u. 22 1/2

Do., 6. Dez., Uraufführung:
 Die Insel der Toten
 Hierauf: Zum erstenmal:
 Petruschka

Fr., 7. Dez., Armbida
 Sa., 8. Dez., zum erstenmal:
 Ferienkondie

So., 9. Dez., nachmittags
 Armbida; abends:
 Der Barbier von Bagdad

Mo., 10. Dez.,
 Der Schwarzkünstler

Di., 11. Dez., Die Insel der Toten; hierauf: Petruschka



Unter einem richtigen Maschinennamen
 gab es die richtige Klein-Schreibmaschine

TORPEDO

TORPEDO FAHRRADER-SCHREIBMASCHINEN
 WEILWERKE A.-G. FRANKFURT A. M. KRODELHEIM

Günstige Teilzahlungs-Bedingungen!
 Unverbindliche Vorführung durch den Hauptvertreter
Otto Lampson * Karlsruhe
 Büromaschinen — Büroeinrichtungen
 Telephone 508 Friedrichsplatz 10

Akademikerin

freid. Jüdin, Mitte 30, brünett, mittelgr., ca. 15—20 000 RM
 Barvermögen, sehr gutes Berufseinkommen sucht

Kameradschaftsehe

mit gebildetem und gereiftem Herrn entspr. Alters, am liebsten höherem Beamten, der gegebenenfalls sich an den Wohnsitz der Dame versetzen lassen könnte.
 Gefl. Zuschriften unter J. 148 an die Exp. des Blattes

Die per 1. Januar 1929 fälligen Zinscheine unserer Goldhypothekenspandbriefe und Goldschuldverschreibungen lösen wir wie folgt ein:

a) 8 % Goldhypothekenspandbriefe und 8 % Goldschuldverschreibungen

aus 50 RM mit 2,— RM	
" 100 " " 4,— "	
" 200 " " 8,— "	
" 500 " " 20,— "	
" 1000 " " 40,— "	
" 2000 " " 80,— "	
" 5000 " " 200,— "	

b) 7 % Goldhypothekenspandbriefe

aus 100 RM mit 3,50 RM	
" 200 " " 7,— "	
" 500 " " 17,50 "	
" 1000 " " 35,— "	
" 2000 " " 70,— "	
" 5000 " " 175,— "	

c) 6 % Goldhypothekenspandbriefe

aus 100 RM mit 3,— RM	
" 200 " " 6,— "	
" 500 " " 15,— "	
" 1000 " " 30,— "	
" 2000 " " 60,— "	
" 5000 " " 150,— "	

d) 4 1/2 % Liquidationspandbriefe

aus 50 RM mit 1,13 RM	
" 100 " " 2,25 "	
" 200 " " 4,50 "	
" 500 " " 11,25 "	
" 1000 " " 22,50 "	
" 2000 " " 45,— "	
" 5000 " " 112,50 "	

Von obigen Beträgen kommen 10 % Kapitalertragssteuer in Abzug.

Mannheim, den 1. Dezember 1928. 149

Rheinische Hypothekensbank.